

Öffentliche Niederschrift 32. Sitzung des Sozialausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 24.06.2025
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:55 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste**Anwesend****Vorsitz**

Sonja Bongers SPD

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Marita Wolter	CDU	Vertretung für: Ulrike Willing-Spielmann
Robert Babic	CDU	
Helmut Bennewa	CDU	
Eugen Lenz	CDU	Vertretung für: Klaus- Dieter Broß
Helga Grothe	SPD	
Dagmar Heitmann	SPD	
Manuel Otto Prohl	SPD	Vertretung für: Denise Horn
Dr. Silke Jacobs	SPD	Vertretung für: Dr. Jörg Schröer-Tebbe
Sebastian Girrullis	DIE GRÜNEN	
Stefanie Opitz	DIE GRÜNEN	

sachkundige/r Bürger/in

Kirsten Bohnes	CDU	Vertretung für: Bene- dikt Josef Domberger
Finn Rubin	CDU	
Johanna Schäfer	CDU	
Joachim Bäumer	SPD	Vertretung für: Jochen Kamps
Johannes Stelzer	SPD	
Marijke Prellwitz	DIE GRÜNEN	
Birgit Mumm	AfD	
Hartmut Imlau	LINKE.LISTE	
Jennifer Schnettler	FDP im Rat	
Dieter Büschken	BOB im Rat	

hinzugewählte Personen

Burak Arslan IR - DIL

Gäste

Andre Decker	
CDU-Geschäftsstelle	CDU
SPD-Geschäftsstelle	SPD
Fraktion DIE GRÜNEN-Geschäftsstelle	DIE GRÜNEN
AfD-Geschäftsstelle	
LINKE.LISTE-Fraktion-Geschäftsstelle	LINKE.LISTE
FDP im Rat - Geschäftsstelle	FDP im Rat
BOB im Rat - Geschäftsstelle	BOB im Rat

Verwaltung

Beigeordneter Frank Motschull	Dezernat 2
-------------------------------	------------

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Ulrike Willing-Spielmann	CDU	entschuldigt
Klaus-Dieter Broß	CDU	entschuldigt
Denise Horn	SPD	entschuldigt
Dr. Jörg Schröer-Tebbe	SPD	entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

Benedikt Josef Domberger	CDU	entschuldigt
Jochen Kamps	SPD	entschuldigt

Verwaltung

Stephanie Peters
Jürgen Jäschke
Julia Ines Pietrasch
Uwe Bonsack
Dr. Charlotte Weber
Simone Pietrasch-Johimski
Catharina Knauer
Mario Hofmann
Rebecca Osono
Carolin Trappmann
Laura Wegener
Nathalie Sliwik

Gäste und weitere Teilnehmer

Michael Middendorf	ASO Eigenbetrieb
Frank Janßen	Die Kurbel
Stephanie Janßen	Die Kurbel
Inga Kellermann	Caritasverband
Marius Köhler	ZAQ
Angelika Wösthoff	Verbraucherzentrale
Sandra Chung	Verbraucherzentrale
Frank Domeyer	Diakoniewerk

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
	Formelle Feststellungen und Eröffnung der Sitzung	
1	Berichte	
1.1	Sachstandsbericht zum ESF Plus Bundesprogramm Aktiv Plus des Trägerverbundes Kurbel, Caritas und ZAQ des Projekts SITAO plus sowie Sachstandsbericht zum europäischen Hilfsfond Projekt NEO	
1.2	Sachstandsbericht der Verbraucherzentrale	
1.3	Sozialbericht 2024 – Dritte Aktualisierung des Sozialindex	M/17/6778
1.4	Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2024 der Stadt Oberhausen	M/17/6806
1.5	Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ des Landes NRW 2024	M/17/6685
2	Vorberatungen	
2.1	Inklusion bereichert Oberhausen / Inklusionsplan 2025	B/17/6788
2.2	Endbericht Themenjahr 2024/2025 Wohnen	B/17/6795
3	Beschlussfassungen	
3.1	Förderantrag des Malteser Hilfsdienstes Oberhausen e. V.	B/17/6868
3.2	Förderantrag des Deutschen Roten Kreuzes Oberhausen e. V.	B/17/6869
4	Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung	
4.1	Antrag der Linke.Liste-Ratsfraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein	A/17/6857

TOP	Betreff	Drucksache
4.2	Antrag der Linke.Liste-Ratsfraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Erstellung einer Wohnraumschutzsatzung gemäß §12 Absatz 1 des Wohnraumstärkungsgesetzes (WohnStG)	A/17/6858
5	Mitteilungen der Verwaltung	

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

Formelle Feststellungen und Eröffnung der Sitzung

Die Vorsitzende, Frau Stadtverordnete Bongers, begrüßt die Anwesenden, insbesondere die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt fest, dass die Einladung, die Nachtragstagesordnung sowie die Beratungsunterlagen allen Mitgliedern des Sozialausschusses form- und fristgerecht zugegangen sind. Gegen die Tagesordnung erheben sich keine Einwände.

Anschließend stellt sie fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist und eröffnet die 32. Sitzung des Sozialausschusses.

1 Berichte

1.1 Sachstandsbericht zum ESF Plus Bundesprogramm Aktiv Plus des Trägerverbundes Kurbel, Caritas und ZAQ des Projekts SITAO plus sowie Sachstandsbericht zum europäischen Hilfsfond Projekt NEO**zur Kenntnis genommen**

Herr Janßen (Die Kurbel) stellt anhand einer Powerpoint Präsentation die Grundkonzeption der Projekte vor.

Das Projekt SITAO Plus (Soziale Integration und Teilhabe am Arbeitsmarkt in Oberhausen) wird durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales gefördert und ist ein gemeinsames Projekt der Kurbel, des Caritasverbands und ZAQ. Ziel ist die soziale Integration und Teilhabe am Arbeitsmarkt für sozialschwache Familien. Eine Zwischenbilanz zeigt, dass der Projektansatz mehr als erfolgreich gelungen ist.

Das Förderprogramm Aktiv Plus richtet sich an von Armut betroffene Familien. Hierzu wurden dezentrale Beratungsstrukturen unter Einbindung der Träger Kurbel, Caritas und ZAQ sowie der Kooperationspartner, wie z.B. der Frauenberatungsstelle, Sprachkursanbieter, Schulsozialarbeit, Jugendamt, Jobcenter, Jugendmigrationsdienste u.a. geschaffen. Ziel ist hier, den Familien einen Weg aus der Armutsfalle zu ermöglichen.

Zum Projekt NEO (Neue EU-Bürger in Oberhausen) führt er aus, dass Beratungsstellen durch die Kurbel in Sterkrade und durch ZAQ/AWO in der Innenstadt erfolgreich eingerichtet wurden. Hier findet Begleitung und Vermittlung in Hilfesysteme statt sowie Beratung zu Kindertagesstätten, Schulen, Jugendamt und vielen mehr. Eine Schwierigkeit des Projekts liegt allerdings in der Akquise der Teilnehmer und Teilnehmerinnen. Es sollen Netzwerkpartner eingebunden werden, um Zugang zum Kreis der Teilnehmenden zu gelangen.

Die Vorsitzende Frau Bongers bedankt sich für den Bericht.

Frau Stadtverordnete Heitmann bedankt sich für die sehr beeindruckende Arbeit.

Zahlen der Teilnehmer der Projekte SITAO Plus und Aktiv Plus sind in der Präsentation zu finden, die der Niederschrift beigelegt ist.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Anlage 1 Hinweise zum Sachstand des ESF Plus Bundesprogrammes Aktiv 2025 SITAO +_pw

1.2 Sachstandsbericht der Verbraucherzentrale

zur Kenntnis genommen

Frau Wösthoff (Leitung der Verbraucherzentrale) berichtet, dass die Verbraucherzentrale mit 2 Planstellen für die Beratung und ½ Planstelle für die Bürotätigkeit besetzt ist. Außerdem sind 2 halbe Stellen für die Energieberatung besetzt.

Aufgrund der Problematik, dass während der Beratung keine telefonischen Anfragen entgegengenommen werden konnten, wurde die Struktur der Verbraucherzentrale NRW geändert. Die telefonische Erreichbarkeit wurde NRW-weit auf alle Verbraucherzentralen aufgeteilt. Die Erreichbarkeit ist von Montag bis Freitag von 9:00 bis 17:00 Uhr gegeben. Durch das eingeführte beratungsübergreifende Programm ist ein Zugriff auf alle Kalender der Verbraucherzentralen in NRW möglich, um entsprechende Termine in der Kommune der Verbraucher*innen anzubieten.

Die Öffnungszeiten für Laufkundschaft wurden in Oberhausen von 27 auf 16 Stunden reduziert (montags und freitags von 11:00 bis 15:00 Uhr, mittwochs von 14:00 bis 18:00 Uhr und donnerstags von 10:00 bis 14:00 Uhr). Zusätzlich werden Termine für Rechtsberatungen vereinbart.

In 2024 wurden über 4.500 Verbraucher*innen beraten, wobei auch aufwändige individuelle Rechtsberatungen eingeflossen sind. Auffallend ist, dass sich immer mehr Verbraucher*innen nicht mehr selbst helfen können, etwa, weil sie keine Briefe mehr schreiben können oder die angeschriebenen Firmen nicht antworten.

Zudem wurden in 2024 insgesamt 55 Veranstaltungen, wie z.B. Vorträge, Informationsstände, Energieberatung, etc. angeboten. Bei diesen Veranstaltungen konnten noch 2.180 Verbraucher*innen erreicht werden, die die Hilfe der Verbraucherzentrale in Anspruch genommen haben.

Mittlerweile werden ca. 50 % der Verbraucher*innen unter Vorlage eines Sozialnachweises kostenfrei beraten, da die Verbraucher*innen finanziell nicht mehr in der Lage sind, den angesetzten Betrag von 20 Euro für eine Beratung sowie zusätzliche 30 Euro für erforderlichen Schriftverkehr zu leisten.

Frau Chung (Verbraucherberaterin) schildert die Probleme, die bei den Beratungen auftreten:

- Die erste Hürde sind die Sprachbarrieren. Bei den mitgebrachten Dolmetschern handelt es sich um Verwandte oder der Handytranslator wird bemüht.
- Unterlagen werden lediglich in Form einer E-Mail eingereicht oder stehen nur im Handy der Verbraucher*innen zur Verfügung.
- Die Frustrationsschwelle ist gesunken, das heißt, die Anspruchshaltung ist gestiegen.
- Eine große Problematik, die derzeit auftritt, sind Dienstleister im Internet, die Hilfen bei Anträgen, etc. anbieten. (Die Verbraucher*innen bezahlen dafür, erhalten aber im Gegenzug keine Dienstleistung.)

Frau Wösthoff ergänzt noch, dass eine Aktion „Finanzen im Griff“ (hier geht es z.B. darum, wie ein Haushaltsbuch geführt wird) mit dem Oberhausener Frauenhaus, der katholischen Bildungsstätte und der Gleichstellungsstelle ins Leben gerufen wurde. Außerdem ist eine Kooperation mit der EVO und dem Jobcenter bezüglich der Abzocke durch andere Energieanbieter und dadurch entstehende Energieschulden entstanden. Geplant ist noch eine Aktion mit der Polizei, in der über Internetabzocke informiert wird.

Auf die Frage der Stadtverordneten Heitmann, wie die Beratungen der Sozialleistungsempfänger*innen finanziert werden teilt Frau Wösthoff mit, dass dafür Fördergelder vom Land und den Kommunen zur Verfügung stehen.

Auf die Frage von Herrn Imlau (Bürgermitglied), ob durch das Land Mittel gekürzt werden, teilt Frau Wösthoff mit, dass die Schuldnerberatung bisher noch nicht von Kürzungen betroffen ist.

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Anlage 1 Verbraucherzentrale Oberhausen_Jahresbericht 2024

**1.3 Sozialbericht 2024 – Dritte Aktualisierung des Sozialindex
M/17/6778
zur Kenntnis genommen**

Frau Trappmann (Bereich Sozialplanung) stellt den Sozialbericht anhand einer Powerpoint Präsentation vor. Dieser soll den Trägern bei der Unterstützung der Menschen als Orientierungshilfe dienen.
Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Frau Stadtverordnete Heitmann bedankt sich für den Bericht, der viele aktuelle Aspekte beinhaltet, mit denen nunmehr gearbeitet werden kann.

Herr Imlau (Bürgermitglied) bedankt sich ebenfalls für den Bericht. Durch den Bericht kann die Armut zwar nicht bekämpft werden, aber er ist für die Träger notwendig, um die Arbeit in den Quartieren fortführen zu können.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache M/17/6778 zur Kenntnis.
--

**1.4 Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2024 der Stadt Oberhausen
M/17/6806
zur Kenntnis genommen**

Frau Knauer (Bereich Prävention und strategische Gesundheitsplanung) stellt den Kinder- und Jugendgesundheitsbericht anhand einer Powerpoint Präsentation vor. Hierbei geht sie besonders auf das Körpergewicht und die psychischen Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen ein und nennt Handlungsoptionen.
Die Präsentation ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Stadtverordneter Gurrullis bedankt sich für den Bericht. Dieser verschafft einen guten Überblick über die psychischen Erkrankungen. Erschreckend sieht er die im Vergleich zum Basisgesundheitsbericht aus dem letzten Jahr gestiegene Zahl der untergewichtigen und stark untergewichtigen Kinder. Dass nur 74 % der Kinder normalgewichtig sind, resultiert nach seiner Meinung aus einem Aufklärungs- und Bildungsproblem und nicht aus mangelndem Zugang zu Sport und Bewegung. Daher hält er die Öffentlichkeitsarbeit für enorm wichtig.

Herr Stelzer (Bürgermitglied) bedankt sich für den hervorragenden Bericht, der als Frühwarnsystem gelesen werden sollte. Er ist erstaunt über die Anzahl der untergewichtigen Kinder. Da der Bericht diese Anzahl nach Sozialräumen aufgliedert, empfiehlt er, in den betroffenen Sozialräumen vermehrt Beratungsangebote zu installieren. Bei den psychischen Erkrankungen hatte er gehofft, diese stünden mit Corona in Verbindung. Das ist jedoch offensichtlich nicht der Fall, da die Zahlen weiterhin gleichbleibend sind. Hier sollten geeignete Maßnahmen gefördert werden, d.h. Sozialgesundheit und Schule sollten zusammenarbeiten. Er fragt nach, ob bereits Ansätze stattfinden.

Herr Rubin (Bürgermitglied) bedankt sich ebenfalls für den Bericht und regt an, zum Thema Unter- und Übergewicht die Zielgruppe durch Beratung in den Kindertageseinrichtungen und Schulen zu erreichen. Außerdem verweist er auf entsprechende Programme der AOK.
Frau Knauer erläutert hierzu, dass diese Arbeit den ersten Schritt darstellt. Nunmehr soll eine Zusammenarbeit mit verschiedenen Akteuren installiert werden.

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache M/17/6806 zur Kenntnis.

-
- 1.5 Förderprogramm „2.000 x 1.000 Euro für das Engagement“ des Landes NRW 2024
M/17/6685
zur Kenntnis genommen**

Der Sozialausschuss nimmt die Drucksache M/17/6685 zur Kenntnis.

2 Vorberatungen

-
- 2.1 Inklusion bereichert Oberhausen / Inklusionsplan 2025
B/17/6788
ungeändert vorberaten**

Herr Imlau (Bürgermitglied) fragt nach, warum das Thema Schule beim Ziel 2 „Bildung und Ausbildung“ bei den Handlungsempfehlungen nicht berücksichtigt wird. Außerdem kritisiert er die Formulierung „ökonomische Determinanten“ im Text zur Zeitschiene auf Seite 85, Ziel 4, Handlungsempfehlung 1.

Frau Pietrasch (Bereich Chancengleichheit) erläutert hierzu, dass das Thema „Schule“ und „Inklusion“ generell nicht Bestandteil der Inklusionsplanung, die durch den Bereich Chancengleichheit verantwortet wird, ist. Zur Kritik von Herrn Imlau macht Frau Pietrasch deutlich, dass die einzelnen Handlungsempfehlungen in der Verantwortung der zuständigen Bereiche bzw. Fachbereiche liegen. Für das Protokoll wird der Bereich Chancengleichheit Rücksprache mit dem zuständigen Fachbereich 3-2-10 (Sozialplanung) nehmen und eine entsprechende Erläuterung bzw. Erklärung formulieren.

Im Nachgang zur Sitzung erläutert der zuständige Fachbereich die Formulierung wie folgt: Die Handlungsempfehlung 1 im Ziel 4 beschreibt, dass die Konferenz „Pflege und Alter“ das Querschnittsthema „Inklusion und konkrete Problemfelder“ aufgreift und dass sich die Konferenz bei Bedarf jederzeit mit dem Querschnittsthema befasst. Der konkrete Bedarf unterliegt natürlich auch dem sozioökonomischen Wandel einer Gesellschaft. Die Organisation der Konferenz durch den Fachbereich 3-2-10 wird diesem Wandel jederzeit Rechnung tragen und flexibel reagieren.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/6788 mit Enthaltung der Linke.Liste-Fraktion einstimmig zustimmend vor.

-
- 2.2 Endbericht Themenjahr 2024/2025 Wohnen
B/17/6795**

ohne Votum vorberaten

Herr Hofmann berichtet, dass sich der Fachbereich Stadtentwicklung 1 Jahr intensiv mit dem Thema Wohnen befasst hat. Berücksichtigt wurden insbesondere die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt, der energetische Zustand der Gebäude und die begrenzte Verfügbarkeit von Bebauungsflächen. Die Nachfragesituation kann anhand von konstanten Prognosen festgestellt werden. Derzeit bleibt die Bevölkerungszahl durch Zuzüge aus dem Ausland konstant. Weiterhin ist der demographische Wandel seit Jahren spürbar, d.h. da die Menschen immer älter werden, gibt es mehr 1-Personenhaushalte. Außerdem gibt es konstante regionale Wanderungsprozesse (Zuzug aus südlichen Städten und Abwanderung in ländliche nördliche Kommunen). Zur Errechnung des Bedarfes an Wohnungen und Hochrechnung für die kommenden 15 Jahre wurde ein Institut beauftragt.

Hier wurde ein Bedarf von rd. 6000 Wohnungen festgestellt. Es fehlen große bezahlbare Wohnungen für Familien, kleine Wohnungen für Einzelpersonen und barrierefreie Wohnungen von guter Qualität. Dem gegenüber besteht ein Leerstand von 3,5 %, jedoch sind dies überwiegend Wohnungen aus den 50er und 70er Jahren, von denen ca. 77 % bereits länger als 1 Jahr leer stehen.

Zur Verfügbarkeit von Bebauungsflächen teilt er mit, dass ein Potenzial von 3500 Wohneinheiten, überwiegend auf der Fläche der ehemaligen Zeche Sterkrade zur Verfügung steht. Somit stellt Herr Hofmann abschließend fest, dass der Bestand den Bedarf nicht deckt.

Herr Büschken (Bürgermitglied) fragt nach, ob sich der Fachbereich auch mit der Entsiegelung von Flächen beschäftigt, was Herr Hofmann dahingehend beantwortet, dass einige Maßnahmen vorgeschlagen werden, die darauf abzielen, möglichst dicht zu bauen. Das schafft die Möglichkeit, Flächen zu entsiegeln und günstiger zu bauen.

Frau Stadtverordnete Heitmann meldet für ihre Fraktion Beratungsbedarf an.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache B/17/6795 ohne Votum vor.
--

3 Beschlussfassungen

**3.1 Förderantrag des Malteser Hilfsdienstes Oberhausen e. V.
B/17/6868****ungeändert beschlossen**

Herr Imlau (Bürgermitglied) fragt nach, nach welchen Kriterien die Förderanträge positiv oder negativ beschieden werden.

Hierzu teilt Herr Beigeordneter Motschull mit, dass in der vorangegangenen Sozialausschusssitzung entsprechende Richtlinien der Stadt Oberhausen zur Förderung der Senior*innenarbeit gemäß dem Senior*innenförderplan Oberhausen beschlossen wurden.

Der Sozialausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, dem Malteser Hilfsdienst Oberhausen e.V. für das Malteser Senioren Café eine Förderung in Höhe von 3.280 Euro gemäß der Richtlinien der Stadt Oberhausen zur Förderung der Senior:innenarbeit im Sinne des Senior:innenförderplans Oberhausen zu gewähren.

Ausreichende Mittel stehen im Haushaltsjahr 2025 beim Sachkonto 531800 - Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche – unter dem Auftrag 320005070102 - Alten- und Pflegeplanung zur Verfügung.

**3.2 Förderantrag des Deutschen Roten Kreuzes Oberhausen e. V.
B/17/6869**

ungeändert beschlossen

Der Sozialausschuss fasst einstimmig den folgenden Beschluss:

Der Sozialausschuss beschließt, dem Deutschen Roten Kreuz Oberhausen e.V. für die Herbstakademie für Seniorinnen und Senioren eine Förderung in Höhe von 3.593,92 Euro gemäß der Richtlinien der Stadt Oberhausen zur Förderung der Senior:innenarbeit im Sinne des Senior:innenförderplans Oberhausen zu gewähren.

Ausreichende Mittel stehen im Haushaltsjahr 2025 beim Sachkonto 531800 - Aufwendungen für Zuschüsse an übrige Bereiche – unter dem Auftrag 320005070102 - Alten- und Pflegeplanung zur Verfügung.

4 Anträge gem. § 2 der Geschäftsordnung

**4.1 Antrag der Linke.Liste-Ratsfraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Verzicht auf Strafverfolgung wegen der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel ohne gültigen Fahrschein
A/17/6857**

ohne Votum vorberaten

Herr Imlau (Bürgermitglied) ergänzt zum Antrag, dass eine Straftat folgt, sollte man 2-3 Mal keinen Fahrschein gelöst haben. Dieses hält er für unverhältnismäßig.

Frau Stadtverordnete Heitmann teilt mit, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmt, da der Antrag nicht rechtskonform ist.

Herr Büschken (Bürgermitglied) fragt nach, wie Herr Imlau den Begriff Strafverfolgung definiert.

Herr Stadtverordneter Girrullis hat durchaus Sympathie für den Antrag und würde dem gerne zustimmen. Jedoch hat der Rat keine Handhabe, die STOAG zu beauftragen, die Strafverfolgung auszusetzen. Er behält sich vor, ggf. einen rechtskonformen Änderungsantrag zu stellen.

Herr Rubin (Bürgermitglied) stimmt dem Antrag aus den vorher genannten Gründen nicht zu.

Herr Stelzer (Bürgermitglied) bemängelt, dass in dem Antrag keine Informationen über das entsprechende Verfahren der STOAG enthalten sind. Es hätte erst einmal geprüft werden müssen, ob und wenn ja, wie einem Verkehrsunternehmen das Recht auf Strafverfolgung entzogen werden kann.

Herr Beigeordneter Motschull stimmt Herrn Girrullis dahingehend zu, dass ein Beschluss rechtlich durchsetzbar sein muss, damit dieser im Rat beschlossen werden kann. Was diesen Antrag betrifft, ist der Rat nicht rechtmäßig beschlussfähig.

Herr Girrullis meldet für seine Fraktion Beratungsbedarf an, damit für die Ratssitzung ein rechtskonformer Änderungsantrag gestellt werden kann.

Herr Büschken teilt mit, dass er sich bei der STOAG und beim Inkassounternehmen informiert hat. Die STOAG nimmt in den Fällen persönlich mit den Kunden Kontakt auf, um eine Lösung zu finden. Von Strafhaft auszugehen, ist unzutreffend.

Herr Beigeordneter Motschull stellt noch einmal klar, dass das formale Recht ebenso wichtig ist wie das materielle Recht, sodass eine Entscheidung hier unrechtmäßig ist.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache A/17/6857 ohne Votum vor.
--

**4.2 Antrag der Linke.Liste-Ratsfraktion gem. § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: Erstellung einer Wohnraumschutzsatzung gemäß §12 Absatz 1 des Wohnraumstärkungsgesetzes (WohnStG)
A/17/6858
ohne Votum vorberaten**

Frau Stadtverordnete Heitmann meldet für ihre Fraktion Beratungsbedarf an.

Der Sozialausschuss berät die Drucksache A/17/6858 ohne Votum vor.
--

5 Mitteilungen der Verwaltung

-entfällt-

gez. Bongers
Ausschussvorsitzende
Sonja Bongers

gez. Albrecht
Schriftführerin
Dorothea Albrecht

